

## VIVANT- Fraktion

### Stellungnahme zum Vertrag von Lissabon – Plenarsitzung vom 19.05.2008

Sehr geehrte Mitglieder des Parlamentes und der Regierung,

Ein Doktor trifft auf der Strasse einen seiner Patienten. „Herr Müller, gut dass ich Sie treffe. Ich muss Ihnen leider sagen, dass der Scheck, den Sie mir neulich gegeben haben, offenbar nicht gedeckt war. Er ist wieder zurückgekommen.“ „Wie seltsam, Herr Doktor, sagt der Patient, meine Schmerzen auch.“

An Hand dieser Geschichte könnte man sich gut vorstellen, dass es für das Budget des Gesundheitswesens sehr zuträglich wäre, wenn die ärztliche Honorarzahlung nur dann erfolgt, wenn die medizinische Betreuung tatsächlich zu einer anhaltenden Heilung geführt hat. Und man kann sich das Gleiche durchaus auch in der Politik vorstellen: Regelmäßige Zahlung eines Existenz sichernden Grundgehältes an die Mitglieder der Regierungen und der Parlamente, und die Auszahlung des Restgehältes erfolgt nur dann, wenn die Dekrete, die Gesetze und Verträge für die Mehrheit der Bevölkerung positive Langzeitwirkungen hervorrufen. Wobei die Beurteilung der Langzeitwirkung über eine Volksbefragung zu ermitteln wäre.

Für den Vertrag von Lissabon würde die Gehaltsrestzahlung, um bei diesem Vergleich zu bleiben, zumindest in Frankreich und in Holland schon mal hinfällig. In Belgien stünden die Karten der föderalen Politiker wahrscheinlich auch nicht gerade günstig.

Sicherlich wird bei einem Referendum zum Vertrag von Lissabon auch die nationale Politik mitbewertet, aber warum scheuen so viele Politiker das Votum der Bevölkerung, wenn sie überzeugt sind, dass sie gute Politik machen, und ist es nicht so, dass die nationale Politik inzwischen schon bis zu 70% von Europa bestimmt wird?

Laut Aussage von Giscard D'Estaing ist der Text des Lissabon-Vertrages zu 96% der Gleiche wie der Text des Verfassungsvertrages, und Jean-Luc Dehaene hat dies am 5. Mai bestätigt. Also ist der EU die Meinung der Bevölkerung im Grunde vollkommen egal, weil es seit 2005 ja überhaupt keine öffentliche, breit angelegte informative Debatte über den neuen EU-Vertrag gegeben hat. Diese verächtliche Haltung der EU gegenüber der Bevölkerung hat Tradition, denn auch in 1997 wurde Dänemark aufgefordert, nach einem negativen Referendum zum Vertrag von Amsterdam nochmals in einer zweiten Abstimmung ein besseres Ergebnis zu bringen. Und auch Irland hatte sich in 2001 im Rahmen einer Volksbefragung gegen den Vertrag von Nizza ausgesprochen, woraufhin die EU wissen ließ, dass sie sich nicht um dieses Ergebnis kümmern würde und Irland hat dann unter massivem Druck von Seiten der Union dem Nizza-Vertrag doch noch zugestimmt.

Ganz anders natürlich die Welt der europäischen und multinationalen Wirtschaftskonzerne. Deren Vorstandmitglieder und Interessenvertreter in Politik und Gesellschaft können sich bestimmt auf einen Extrabonus freuen, wenn der Lissabon-Vertragstext in der vorliegenden Fassung endgültig ratifiziert sein wird. Denn die Konzerne haben für sich das Optimum herausgeholt:

1. Sie haben erreicht, dass in Fragen der Wirtschaft, der Finanzen, des Handels, des Sozialwesens und der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der von ihnen verfasste Text in den Lissabon-Vertrag aufgenommen wurde, und dass nur der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs und die Ministerräte die Entscheidungen treffen, weder das EU-Parlament noch die nationalen Parlamente besitzen in diesen zentralen Bereichen nach Ratifizierung des Lissabon-Vertrages noch ein effektives Mitspracherecht. Insbesondere sind Beschränkungen der freien Niederlassung von Personen und Gesellschaften und des freien

Dienstleistungsverkehr verboten. So verliert z.B. mein Schwager, 50 Jahre, Computerfachmann, nach langjähriger Tätigkeit nun seinen Arbeitsplatz an einen Rumänen, der preiswerter ist.

2. Die Konzerne haben auch das Monopol der Geldschöpfung für den Privatsektor behalten, ebenso wie den unbeschränkten Kapitalverkehr und die Möglichkeit der Nutzung von Steueroasen innerhalb der EU.

3. In der Außen- und Sicherheitspolitik verspricht der Vertrag von Lissabon für sie ganz besonders lukrativ zu werden: Erstens müssen, nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages alle Mitgliedstaaten der EU ihre Militärausgaben steigern und ihre jeweiligen Waffenarsenale aufrüsten bzw. modernisieren. Das ist schon mal gut für die Waffenindustrie. Es wird im Vertrag von Lissabon aber auch festgelegt, dass die Basis der europäischen Sicherheitspolitik weiterhin auf der Mitgliedschaft in der NATO beruht. Die Idee einer eigenständigen, NATO-unabhängigen EU-Verteidigung hat sich also nicht durchsetzen können. Deshalb ist es von Interesse, die Kernelemente der neuen NATO-Doktrin zu kennen. Drei Elemente sind wesentlich:

- a. Ausweitung des territorialen Einsatzbereiches der NATO von Nord-Atlantik-Europa auf die ganze Welt

- b. Einsatzoptionen ohne das Mandat der UNO und damit Aufwertung der eigenen Rolle, und

- c. Festschreibung der Ersteinsatz-Option für Nuklearwaffen

Wichtiges strategisches Ziel für die NATO ist die Sicherung der fossilen Energieressourcen im Nahen Osten, im Kaukasus-Becken und in Afrika.

Gemäß Art. 44 des Lissabon-Vertrages kann nunmehr der Rat der Minister Missionen im Dienste der Interessen der Union an eine Gruppe von Mitgliedstaaten übertragen.

Das bedeutet, z.B., dass die Aufrechterhalten der militärischen Sicherung der Ölquellen im

Nahen Osten und die Kriegsoption gegen den Iran bestehen bleiben. Man erhält eine

Vorstellung von den hiermit verbundenen Gewinnpotentialen für die Konzerne, wenn man

berücksichtigt, dass alleine die USA, in der Zeitspanne von 1990 bis 2005, 500 Milliarden Dollar für die militärische Präsenz im Nahen Osten ausgegeben haben. In dieser Summe sind die verschiedenen Kriege um Öl nicht eingerechnet.

Und der Sieg des multinationalen Industrie-Komplexes ist noch größer. Denn, wenn schon Milliarden für die Eroberung und die Sicherung der Ölquellen im Nahen Osten und anderswo

ausgegeben werden, dann ist damit gleichzeitig auch erreicht, dass die nuklear-fossile

Energieversorgung auf Jahrzehnte die zentrale Säule der Energiebereitstellung bleiben muss.

Maximal 20% für die EE bis zum Jahr 2020, aber bis dahin mindestens 80% für den nuklear-

fossilen Sektor. Mit dem EEG in Deutschland drohte die Gefahr, dass die EE bereits im Jahr

2016 den Strombedarf in Deutschland zu 100% abdecken würden. Deshalb werden jetzt von

Frau Merkel und ihren ministeriellen Mitstreitern in Deutschland die EE verdeckt, aber ganz systematisch, ausgebremst!

Vor dem Hintergrund der Aussagen der UN-Klimaexperten und dem tatsächlichen Beweis der

Richtigkeit dieser Aussagen durch die immer heftigeren Klimakatastrophen, siehe die Stürme

in Birma und den USA vor wenigen Tagen, angesichts der Tatsache, dass die weltweiten

Treibhausgasemissionen noch immer dramatisch ansteigen, ist das Kapitel 20 über Umwelt

und Klima im Vertrag von Lissabon ein erschütterndes Armutszeugnis. Anstatt dem

Klimaschutz absoluten Vorrang zu geben, werden Maßnahmen in diesem Bereich der

allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung unterstellt und der Rat der Minister ist in

Einstimmigkeit das entscheidende Gesetz gebende Gremium. Allein dieses Kapitel müsste

Politiker die sich für Klima- und Umweltbelange einsetzen, dazu veranlassen diesen

Vertragstext zurückzuweisen!

Die NATO-Strategie einer militärischen Sicherung bzw. Eroberung der fossilen Energiequellen ist natürlich eine sowohl energiepolitische und klimapolitische wie auch friedenspolitische Katastrophe.

Sie wird vom industriell-militärischen Komplex diktiert und von der Politik übernommen. Die Industrie sucht den schnellen Profit und Nichts ist profitabler als Krieg! Auch die Regierungen werden ja nicht für langfristiges Denken und Handeln belohnt, genauso wenig wie der Doktor in der Eingangsgeschichte in unserem derzeitigen Gesundheitssystem davon profitiert, wenn er seinen Patienten endgültig gesund macht. Es muss nur die Honorarzahung gesichert sein. Diese Profit-Sicherheit hat sich der militärisch-industrielle Komplex nun mit Hilfe des Vertrages von Lissabon verschafft.

Während der Podiumsdiskussion des BRF am 5. Mai hatten Mathieu Grosch und Andere hervorgehoben, dass man sich mit den jetzt erreichten Fortschritten im Lissabon-Vertrag zufrieden geben muss, mehr wäre augenblicklich nicht drin. Mit anderen Worten, die Politik reiht sich freiwillig hinter den Wirtschaftsinteressen ein! Alle Politiker welche den Lissabon-Vertrag gutheißen, akzeptieren also, dass zuerst die Wirtschaftsinteressen gelten und erst an zweiter Stelle das Allgemeinwohl.

Es ist nun nicht so, dass der VIVANT- Fraktion aus Ihren Reihen keine anders lautenden Signale zugehen würden. So sagte mir ein Mitglied der Mehrheit vor 3 Jahren zum Verfassungsvertrag, ich hätte mit meiner Kritik ja Recht, aber – und er schwieg dann und zuckte mit den Schultern. Und ein Mitglied der Opposition kommentierte vor zwei Wochen die Aussage von Jean-Maurice Dehousse: “Wer für Europa ist, der muss gegen den Vertrag von Lissabon sein“, mit den Worten: Früher, als Herr Dehousse noch Ministerpräsident war, da hat er anders gesprochen, jetzt kann er offen sprechen, weil er Nichts mehr zu verlieren hat“. Ein anderer Mandatsträger nannte den Vertrag von Lissabon ein lupenreines neo-liberales Manifest: Diese Meinung wird er aber, denke ich, sogar vor seinen eigenen Fraktionsmitgliedern nicht vertreten. Und eine letzte, sehr aufschlussreiche Bemerkung vor wenigen Tagen aus dem Mund eines Mitglieds der Opposition an mich adressiert: Ich müsste ja komplett spinnen, wenn ich mir vorstellen würde, dass die DG den Lissabon-Vertrag zurückweisen könnte, weil es in diesem Fall dann aus sei mit der DG!

Vor allem diese letzte Aussage ist mir noch lange nachgegangen: In welcher erbärmlichen Demokratie leben wir eigentlich?

Da profitieren in Europa die Staats- und Regierungschefs, die Minister und die Parteiführungen von der Mitgliedschaft in den Führungsgremien der Konzerne und von hohen Parteispenden und Zuwendungen der verschiedenen Industriezweige, insbesondere der Energiewirtschaft, der Auto- und Chemieindustrie, den Nahrungsmittelherstellern und den multinationalen Handelsketten und natürlich von den internationalen Finanzinstituten. Und da können die unteren Ebenen der politischen Mandatsträger natürlich keinen Widerspruch gegen die eigene Parteiführung riskieren ohne dabei die eigene politische Karriere zu opfern. Sie selber auch, hier in diesem Parlament beruhigen also Ihr Gewissen damit, dass man Geduld haben muss und nur schrittweise über die Jahre ein größeres demokratisches Mitspracherecht in der EU erreichen könne und Sie freuen sich über jede noch so kleine Verbesserung.. Wenn Sie den Vertrag von Lissabon gelesen haben, wissen Sie allerdings, dass Änderungen nur einstimmig vom Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs und dem Rat der Minister beschlossen werden können. Auf Ihre politische Elite können Sie also auch in Zukunft nicht zählen.

In ganz Europa warnen Hunderte Rechts- und Sozialexperten, Friedensforscher sowie Professoren verschiedenster Ausrichtungen, allesamt überzeugte Europäer und Demokraten, vor der Annahme dieses Vertragstextes. 15 europäische ATTAC- Organisationen haben in einer gemeinsamen Erklärung die Wiederbelebung des Verfassungsvertrages in der Form des

Vertrages von Lissabon zurückgewiesen und 10 Prinzipien für einen demokratischen EU-Vertrag aufgestellt.

Die VIVANT- Fraktion ist überzeugt, dass die notwendigen Änderungen, in einem geregelten Rahmen, und rechtzeitig in Anbetracht der existenziellen Herausforderungen im Bereich der Umwelt, nur VOR der Ratifizierung dieses Vertrages und nicht mehr hinterher erreicht werden können.

Die anschließende Abstimmung zum Vertrag von Lissabon hier in diesem Parlament geschieht in Vertretung des Volkes, in Vertretung der Bevölkerung der DG, nachdem Belgien ja kein Referendum vorsieht. In einem Referendum hätte die Stimmabgabe jeder Bürgerin, jedes Bürgers in der Wahlkabine geheim stattgefunden: Angesichts der Tragweite dieses Vertragstextes beantragt die VIVANT- Fraktion deshalb einen geheimen Abstimmungsmodus, um ganz sicher jede mögliche Einflussnahme der Fraktion oder der Partei auf den Gewissensentscheid jedes einzelnen Mitglieds dieses Parlamentes auszuschließen. Es müsste ein hohes Anliegen jedes Fraktionsvorsitzenden sein, nicht nur in Worten sondern konkret durch den geheimen Abstimmungsmodus jeden Verdacht einer Beeinflussung des Gewissensentscheids der einzelnen Parlamentsmitglieder zu entkräften.

Ich bin überzeugt, dass Jede, Jeder von Ihnen ein demokratisches, solidarisches und umweltbewusstes Europa wünscht und dass Sie Sich der Notwendigkeit einer Vorbildfunktion Europas in diesem Sinne und für eine Führungsrolle Europas in der Welt bewusst sind. Deshalb rufe ich Sie auf, diesen Vertragstext zurückzuweisen, weil er geschrieben wurde, um den schnellen Profit der Eliten sicherzustellen, und dass Sie gleichzeitig die notwendigen Änderungen fordern, so dass mit dem abgeänderten Vertragstext auch die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder gesichert wird.

Joseph Meyer

VIVANT- Fraktion im PDG

"Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist, werden die Menschen feststellen, dass man Geld nicht essen kann" kanadischer Stamm der Cree